

Dramatische Entwicklungen in der Gesundheitspolitik

Schon das Eckpunktepapier der Koalition zur künftigen Gesundheitspolitik ließ nichts Gutes erwarten, doch die über 500 Seiten des sogenannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes übertreffen alle negativen Prognosen der ärztlichen Selbstverwaltung!

Waren es in den letzten 20 Jahren 21 Kostendämpfungsgesetze, die jedoch die Parität von Gemeinsamer Selbstverwaltung und Staat im Wesentlichen unangestastet ließen, so haben wir es jetzt mit einem sozialrechtlich dominierten, strukturverändernden Gesetz zulasten von Patienten, Ärzten, medizinischen Assistenzberufen und Krankenkassen zu tun: Der Anspruch des Gesetzes, die Finanzierungsgrundlagen der GKV mittel- und langfristig zu stabilisieren, bleibt ungeklärt.

Die große Koalition greift mit der Arroganz der Macht in die bewährten Strukturen ärztlich medizinischer Versorgung ein und gefährdet diese in den Praxen, Kliniken und im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Damit wird das Vertrauen der Patienten in die Medizin nachhaltig erschüttert, Verunsicherung greift um sich und die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind zunehmend demotiviert. Anstatt mehr Freiheit wagen mit dem bisherigen Slogan „Vorfahrt für die Selbstverwal-

tung“ heißt es jetzt der „Staat hat das Sagen“. Und so werden wir nach 15 Jahren pluralistisch demokratischem Gesundheitssystem in Deutschland erneut Zeugen des Umbaus und Abbaus der selbstverwalteten, föderalen Gesundheits- und Sozialstrukturen in eine bürokratielastige Staatsmedizin. Die weitere Einschränkung der Therapiefreiheit hin zu einer Zuteilungsmedizin ruft bei uns ostdeutschen Ärzten Ablehnung, Frustration und so manches Déjà-vu Erlebnis hervor. Die wichtigsten zu kritisierenden Schwerpunkte dieses sogenannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes finden Sie im Bericht von der 35. Kammerversammlung. Mit den vorgelegten Maßnahmen wird die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens nicht ausgeglichen, Engpässe in der Versorgung und verdeckte Rationierung werden eher verschärft. Die geplanten Steuerzuschüsse kompensieren nicht die Streichung des Bundeszuschusses aus der Tabaksteuer!

Die Ärzte sollen weiterhin mit unbezahlter Mehrarbeit das Gesundheitssystem in Milliardenhöhe subventionieren. Dieses Gesetz mit seinen multiplen Folgen wird sich auch äußerst negativ auf unseren ärztlichen Nachwuchs auswirken. Dieses „Gesamtpaket“ an geplanter staatlicher Mangelverwaltung, ärztlicher Deprofessi-

onalisierung durch gravierende Strukturänderungen hat bei der Ärzteschaft zu kraftvollen Gegenmaßnahmen geführt. In bewundernswerter Geschlossenheit sind bis in die Gegenwart und die nahe Zukunft Aktionen geplant und realisiert worden. Dazu zählt nicht zuletzt der bundesweite Aktionstag, welchen wir von Seiten des Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen mit Einzelaktionen auf Landesebene flankiert haben.

Die 35. Kammerversammlung der Sächsischen Landesärztekammer hat sich intensiv mit der Gesundheitsreform befasst und in zwei Resolutionen ihren Willen zur Revision dieses Gesetzes und zu einem Gegenentwurf bekundet. Deshalb sei Ihnen der Bericht von dieser Kammerversammlung besonders ans Herz gelegt. Rückblickend lässt sich für das Jahr 2006 resümieren, dass die Politik beratungsresistent ist und die Ärzte geschlossener denn je sind. Diese Geschlossenheit, nicht nur der sächsischen Ärzte, werden wir auch im kommenden Jahr brauchen. Für die anstehende Wahl zur Kammerversammlung 2007/2011 brauchen wir umso mehr engagierte Kandidaten und aktive Wähler.

Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze
Präsident



Foto: Berthold

Der Vorstand der Sächsischen Landesärztekammer und das Redaktionskollegium „Ärzteblatt Sachsen“ wünschen allen sächsischen Ärztinnen und Ärzten und ihren Familien sowie allen Lesern unseres Kammerorgans eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes frohes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2007.